

Ja zu einem EU Beitritt – aber nicht um jeden Preis

Arbeitspapier der Grünen zur Europapolitik

IMPRESSUM

Grüne Partei der Schweiz
Waisenhausplatz 21
3011 Bern
Tel 031-312 66 60
Fax 031-312 66 62
www.gruene.ch
gruene@gruene.ch
PC 80-26747-3

GRÜNE POSITION ZUR EUROPAPOLITIK

1.	GRÜNES JA ZU EUROPA: SECHS GRÜNDE FÜR DEN EU-BEITRITT DER SCHWEIZ	4
1.1.	Eine starke und geeinte EU für eine gerechtere Globalisierung.....	4
1.2.	Europäische Zusammenarbeit ist nötig.....	4
1.3.	Mitbestimmen statt nachvollziehen.....	5
1.4.	Die Schweiz hat in der EU etwas einzubringen.....	5
1.5.	Die Schweiz liegt mitten in Europa.....	5
1.6.	Ein ganzes Paket statt Salamiaktik.....	6
2.	GRÜNES JA ZU EUROPA: SECHS GRÜNDE GEGEN DEN BILATERALEN WEG.....	6
3.	JA ZUR EU – ABER NICHT UM JEDEN PREIS.....	7
4.	JA ZU EUROPA HEISST AUCH KÄMPFEN FÜR EINE GRÜNE EU.....	8
4.1.	Die Demokratisierung der Strukturen und die Stärkung der Subsidiarität	8
4.2.	Die Stärkung der ökologischen EU	9
4.3.	Die Stärkung der sozialen EU.....	10
4.4.	Die Stärkung der positiven Rolle der EU in der Welt.....	10
4.5.	Eine Verfassung für die EU.....	11

1. GRÜNES JA ZU EUROPA: SECHS GRÜNDE FÜR DEN EU-BEITRITT DER SCHWEIZ

EU-Politik ist für den Bundesrat einzig Interessenswahrung. So steht es im Europabericht 2006. Im Vordergrund stehen die ökonomischen Interessen. Das zeigen die bisherigen bilateralen Abkommen deutlich. Für die Grünen geht es in der Beziehung der Schweiz zum restlichen Europa um weit mehr als nur um Interessenswahrung und um Wirtschaftspolitik. Es geht vielmehr um eine *Vision* für Europa und für ihre Rolle in der übrigen Welt.

Die EU hat grosse Verdienste – 60 Jahre Frieden zwischen den EU-Ländern sind keine Selbstverständlichkeit. Allein die Einigung Europas und die Verhinderung neuer Kriege ist eine grosse Leistung der EU, die ihre Existenz bereits rechtfertigt. Das Engagement der EU in der sogenannten Nachbarschaftspolitik für die ehemaligen Ostblockländer hat zur Stabilisierung der Region beigetragen. Dank der Vermittlungspolitik der EU und der grosszügigen Unterstützung für das wirtschaftliche Fortkommen können die Balkanländer langsam prosperieren. Diese Politik sichert auch das Wohlergehen der Schweiz längerfristig.

Die Schweizer Grünen streben seit 1998 einen Beitritt der Schweiz zur Europäischen Union (EU) an. Die folgenden Gründe sind dafür ausschlaggebend:

1.1. Eine starke und geeinte EU für eine gerechtere Globalisierung

Die wirtschaftliche Globalisierung steht im Zentrum der internationalen Politik. Ein Grossteil der internationalen Institutionen, allen voran die Welthandelsorganisation WTO, stehen unter dem Einfluss der Grosskonzerne und vertreten deren Interessen. Die Aufgabe der EU sollte für die Grünen darin bestehen, dem neo-liberalen Kurs durch soziale und ökologische Anliegen entgegenzuwirken. Das tut sie bereits, wenn auch viel zu zaghaft. Einzig Europa kann auf viele eigene Erfahrungen zurückgreifen. Eine starke und geeinte EU ist unabdingbar als Gegengewicht zur Grossmacht USA.

Auch in der Sicherheitspolitik gibt die aggressive Militärgrossmacht USA auf dem internationalen Parkett den Ton an. Ressourcenkämpfe stehen im Zentrum der meisten kriegerischen Auseinandersetzungen, die Amerika in den letzten Jahren initiiert hat. Auch in diesem Bereich ist eine starke und geeinte EU im globalen Kontext wichtig. Denn Europa könnte stärker für die Wahrung der Menschenrechte und die Respektierung der internationalen Regelwerke und Institutionen eintreten. Die EU genießt in diesem Bereich Glaubwürdigkeit: nach hunderten von Jahren Kolonialisierung und Krieg herrscht innerhalb der EU Friede.

Die Schweiz kann mit einem Beitritt zur EU einen Beitrag dazu leisten, Europas Stellung in der Welt und ihr Engagement für soziale Gerechtigkeit und eine intakte Umwelt zu stärken.

1.2. Europäische Zusammenarbeit ist nötig

Ökologische, wirtschaftspolitische und soziale Fragen entziehen sich immer mehr dem ausschliesslichen Einfluss der Nationalstaaten. Die Globalisierung der Wirtschaft und die Zunahme der Migration verstärken diese Tendenz. Insbesondere im Umwelt- und Sozialbereich fehlt der Schweiz aber ein grenzüberschreitender Europäischer Lösungsansatz.

Wirkungsvolle Politik heisst unter anderem, die Probleme auf der richtigen Ebene anzugehen. Grenzüberschreitende Probleme sollten grenzüberschreitend gelöst werden. Der Beitritt der Schweiz zur EU würde es ermöglichen, in allen Bereichen mit der EU zusammenzuarbeiten, nicht nur in den

wirtschaftlich interessanten, sondern gerade auch in den „sensiblen“ Bereichen Umwelt, Menschenrechte und Sozialpolitik. Nur so lässt sich der Druck auf diese Bereiche im Rahmen des Europäischen Standortwettbewerbes verringern. Auch in der Schweiz.

1.3. Mitbestimmen statt nachvollziehen

Die Europäische Union ist heute die dominierende internationale Institution in Europa. Mit der Erweiterung der EU und der gemeinsamen Währung hat sich diese Realität verstärkt.

Diese Tatsache hat auch auf die Schweiz einen grossen Einfluss. Die Schweiz kann sich der EU nicht entziehen, ihr Handlungsspielraum zur Gestaltung einer von der EU klar abweichenden Politik wird immer kleiner. Der Normalfall ist heute der „autonome Nachvollzug“. EU-Recht wird in vorausgehendem Gehorsam von der Schweiz bei jeder Gesetzesänderung zu Rate gezogen und oft direkt übernommen. Jede neue Gesetzgebung wird auf ihre EU-Kompatibilität hin geprüft. Damit besteht die Gefahr, dass Souveränität und Demokratie ausgehöhlt werden, weil auf einer entscheidenden Ebene kein Einfluss genommen werden kann.

Die Schweiz muss dort mitentscheiden können, wo die wesentlichen Entscheide für das Land fallen. Sie muss Einfluss auf Entwicklungen nehmen können, die uns betreffen. Dazu muss sie EU-Vollmitglied sein.

1.4. Die Schweiz hat in der EU etwas einzubringen

Die Schweiz hat eine föderalistische, demokratische und konsensorientierte Tradition. Die Schweiz findet zwar nicht immer die besseren und effizienteren Lösungen als andere Länder, aber die Bevölkerung kann sich in hohem Masse an politischen Entscheiden beteiligen.

Die Schweiz hat zudem viel Erfahrung mit Föderalismus, Subsidiarität und dem Zusammenleben verschiedener Sprachen und Kulturen. Diese Erfahrung kann und soll die Schweiz in die EU einbringen und sich so für Dezentralisierung und Demokratisierung einsetzen.

Die Werte der Schweizerinnen und Schweizer sind zudem im Vergleich zum Europäischen Schnitt durchaus ökologisch und sozial geprägt. Die Schweiz sollte sich gemeinsam mit den skandinavischen Ländern innerhalb der EU für eine Stärkung dieser Werte einsetzen.

1.5. Die Schweiz liegt mitten in Europa

Europa ist als politische und geographische Grösse eine Realität, die die Schweiz umgibt. Die Erfahrung zweier Weltkriege und der kriegerischen Konflikte in Jugoslawien hat deutlich gemacht, wie wichtig eine dauerhafte Zusammenarbeit der Staaten Europas ist, um das Wiederaufleben nationaler Gegensätze zu verhindern. Anhaltender Friede in Europa erfordert eine politische Integration aller Länder. Ein solides Fundament aus Rechtsstaatlichkeit, demokratischen Strukturen, wirtschaftlicher Zusammenarbeit, kultureller Integration und sozialer Solidarität ist die Voraussetzung dafür.

Der Kleinstaat Schweiz liegt mitten in Europa. Ein Abseitsstehen ist daher rein geographisch unverständlich. Doch auch historisch, ökonomisch und kulturell bestehen unzählige Bindungen an die Länder Europas. Anstatt an ihrem Alleingang festzuhalten, kann und soll sich die Schweiz am gemeinsamen europäischen Projekt beteiligen. Dazu gehören auch diejenigen Bereiche, die der Schweiz auf den ersten Blick nicht nur Vorteile bringen. Letztendlich profitiert auch die Schweiz von Prosperität und Friede auf dem Kontinent.

1.6. Ein ganzes Paket statt Salamtaktik

Im Gegensatz zum bilateralen Weg werden beim Vollbeitritt alle Verhandlungsdossiers gleichzeitig auf den Tisch gelegt. Nur so ist eine breite Güterabwägung möglich. Dies gilt auch für die Europäische Währungsunion und den Euro. Die Schweiz darf bei einem Vollbeitritt nicht weiter ein isolierter Finanzplatz bleiben!

Je weniger Verhandlungsbereiche, desto höher ist das Risiko, dass ein Bereich für Vorteile in den andern Handlungsfeldern zur Ader muss. Bei den bilateralen Verhandlungen zahlt die Landwirtschaft diesen Preis. Bei breit angelegten Beitrittsverhandlungen lassen sich Vor- und Nachteile besser gegeneinander abwägen, der Verhandlungsspielraum ist wesentlich höher. Der Prozess ist zudem offener und transparenter, da die Bevölkerung nicht über Einzelanliegen entscheiden muss, ohne die Zusammenhänge im ganzen Prozess erkennen zu können.

2. GRÜNES JA ZU EUROPA: SECHS GRÜNDE GEGEN DEN BILATERALEN WEG

Für die Grünen steht es schon länger fest: der bilaterale Weg hat ausgedient. Es ist ein Weg der Rosinenpickerei, bei dem es vor allen Dingen darum geht, die Interessen der Schweizer Aussenwirtschaftspolitik zu zementieren, zum Beispiel die Wahrung des Bankgeheimnisses.

Der Bilateralismus ist unsicher und ineffizient. Alleine die Vielzahl der Volksabstimmungen im Rahmen der Bilateralen II macht deutlich, dass der Grundsatz der Abkommen immer aufs Neue in Frage gestellt werden kann. Ein einziges „nein“ an der Urne könnte genügen, um alle Errungenschaften der Bilateralen zu gefährden, auch wenn nicht alle Abkommen von Seiten der EU mit einer „Guillotine“ verknüpft sind.

Die kommende Abstimmung über den Beitrag der Schweiz an die Sicherheit und Stabilität in der EU (Kohäsionsmilliarde) ist besonders schwierig. Die Bevölkerung spürt die Vorteile des bilateralen Weges viel zu wenig. Die Angst der Bevölkerung vor dem Preisdruck und der Konkurrenz aus der EU ist gross, zum Beispiel bei den Bauern. Und nun sollen sie gerade den „Billiglohnländern“ eine Milliarde Franken zugestehen. Die Vorteile des bilateralen Weges spürt einseitig die Wirtschaft. Den Preis zahlen soll die Bevölkerung. Und der steigt stetig an. Das geht nicht auf.

Der bilaterale Weg ist zudem zäh, schwerfällig und zeitintensiv. Vom EWR-Nein bis zur Ratifizierung der Bilateralen II werden voraussichtlich beinahe 15 Jahre benötigt. Die Abkommen müssen permanent an neue Entwicklungen in der EU angepasst und neu ausgehandelt werden. Aufgrund der eingeschränkten Kapazitäten werden gewichtige Verhandlungsbegehren auf die lange Bank geschoben.

In Bereichen, in denen keine bilateralen Verträge vorhanden sind, steht die Schweiz abseits. Ein Beispiel dafür ist der Klimaschutz. Auch nennenswert sind die fortschrittlichen Errungenschaften der EU im Sozialbereich, an denen die Schweiz aufgrund ihres Alleinganges keinen Anteil hat: Familienzulagen, Lohnausfallversicherung im Krankheitsfall und Gleichstellungspolitik.

Der Schweiz entgeht die Möglichkeit, europäisches Recht mitzugestalten. Stattdessen sieht sie sich immer mehr gezwungen, ihre Gesetze in diesen Bereichen an die europäischen Normen anzupassen: im so genannten *autonomen* Nachvollzug. Im Gegenzug erhält die Schweiz von der EU nichts. Wenn die Schweiz die Markenzulassung der EU (Cassis de Dijon) anerkennen würde, wären umgekehrt die EU-Mitglieder nicht zu einer Anerkennung derjenigen der Schweiz gezwungen.

3. JA ZUR EU – ABER NICHT UM JEDEN PREIS

Ein EU Beitritt ist für die Schweiz auch mit einigen Schwierigkeiten und Nachteilen verbunden. Es gibt Bereiche, die in der Schweiz sensibel sind oder wo die Handhabung hierzulande weitaus fortschrittlicher ist, als diejenige der EU. Auch direktdemokratische Errungenschaften wollen die Grünen bei einem EU-Beitritt nicht einfach preisgeben. Im Gegenteil. Diese Bereiche gilt es über einen Beitritt hinaus verbindlich zu schützen. Die Grünen stellen in diesem Sinne Bedingungen an einen Schweizer EU-Beitritt:

1. Die Volksrechte der Schweiz dürfen durch einen EU Beitritt nicht eingeschränkt werden. Formal betrachtet erfordert der Beitritt zwar keine Anpassung der föderalistischen Strukturen, der Institutionen und der Volksrechte. Auch die Instrumente der direkten Demokratie können in ihrer jetzigen Form beibehalten werden. Der inhaltliche Anwendungsbereich würde jedoch in denjenigen Bereichen geschmälert, in denen die Kompetenz von der nationalen auf die EU Ebene übertragen wurde. Bei den meisten von der EU erlassenen Rechtsakten besteht nationaler Handlungsspielraum, der mit den direkt-demokratischen Instrumenten ausgeschöpft werden kann. Ein Referendum gegen einen verbindlichen EU-Rechtsakt könnte dennoch ein Problem werden. Um Einschränkungen zu kompensieren bedarf es neuartige Volksrechte, wie die Europamotion, das Europareferendum und das konstruktive Referendum.
2. Die Neutralität der Schweiz muss über einen EU-Beitritt hinaus erhalten bleiben. Die Schweiz muss weiterhin über eine eigenständige Sicherheitspolitik verfügen. Diese muss auf Friedenspolitik, Entmilitarisierung, Prävention und nicht-militärischen Interventionen basieren. Die Beteiligung der Schweiz an einer EU-Verteidigungspolitik oder gar an militärischen Konflikten und Kampfhandlungen via die EU kommt für die Schweizer Grünen keinesfalls in Frage.
3. Die EU verhärtet sich in einer völlig kontroversen Position zu einer grünen Verkehrspolitik. Die Priorität der Schiene wird aufgegeben, der Strassenbau extrem gefördert. Die LSVA wäre in der EU nicht möglich gewesen. Nach dem Beitritt von Österreich zur EU hat diese als erstes den Verkehrsvertrag zur Beschränkung der Lastwagenflut am Brenner aufgekündigt. Dies darf der Schweiz nicht passieren! Direktdemokratischen Errungenschaften, wie beispielsweise die LSVA und Alpeninitiative müssen über einen EU-Beitritt hinaus erhalten bleiben.
4. Die Gemeinsame Agrarpolitik ist ein zentraler Bestandteil der EU. Nach Ansicht der Grünen ist gerade auch für diesen gebeutelten Sektor ein Vollbeitritt einem sektoriellen Freihandelsabkommen vorzuziehen. Er ist das kleinere Übel. Denn bei einem EU-Beitritt sinken Preise und Kosten in allen Sektoren. Damit der Preisdruck Bauern und Nahrungsmittel nicht übermässig belastet, muss die Schweiz grosszügige Übergangsfristen aushandeln und bereits jetzt verstärkt auf Bio und Gentechnik setzen. Denn hier kann sich die Schweiz Ausnahmen aushandeln. Das Bio-Vorzeigeland Österreich zeigt hier einen gangbaren Weg auf. Die Autonomie bei Höhe und Art der Direktzahlungen in der Landwirtschaft muss die Schweiz zudem unbedingt behalten.
5. Die Entscheidung über die EU-weite Zulassung genmanipulierter Pflanzen wird in Brüssel getroffen. Der Europäische Gerichtshof hat das Anbauverbot für gentechnisch verändertes Saatgut im Bundesland Oberösterreich gekippt. Bei einer EU-Mitgliedschaft der Schweiz würde eine Abstimmung über eine neue Moratoriumsinitiative schwierig. Daher muss die Schweiz diesen Bereich schon bei den Beitrittsverhandlungen verbindlich schützen. Das volksrecht muss klar erhalten bleiben – eine gentechreie Schweiz muss auch in der EU möglich sein.
6. Nach EU-Vorstellung ist Boden ein ganz gewöhnliches Gut, das dem grenzüberschreitenden Handel uneingeschränkt offen stehen muss. Immer ungehemmter drängt das internationale Flucht-

und Schwarzgeldkapital auf den Grundstückmarkt, was besonders in touristischen Zentren Bodenpreise und Mieten für die Einheimischen in unbezahlbare Höhen treibt. Die Lex-koller, demokratisch abgesegneter Gegenvorschlag zu einer Volksinitiative, muss beibehalten werden.

7. Bei einem EU Beitritt müsste die Mehrwertsteuer in der Schweiz von heute 7,6 auf 15% erhöht werden. Das ist faktisch eine Verdoppelung. Diese von der EU geforderte massive Erhöhung der Mehrwertsteuer ist unbedingt zu kompensieren. Niedere und mittlere Einkommen dürfen durch die Erhöhung der MwSt. nicht zusätzlich belastet werden. Für die Grünen steht als Kompensationsmechanismus die Rückerstattung über die obligatorische Krankenversicherung im Vordergrund. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer sollte zudem gestaffelt mit einer grosszügigen Übergangsfrist erfolgen.
8. Die EU-Beitrittskosten belaufen sich laut Europabericht auf rund 3.4 Milliarden Franken jährlich. Entsprechend dem Finanzausgleich zahlen die reichen EU Mitglieder solidarisch an die ärmeren Länder. Die Grünen unterstützen dieses Prinzip. 3.4 Milliarden in den Zusammenhalt der EU zu investieren macht jedenfalls mehr Sinn, als 4 Milliarden jährlich für das Schweizer Militär auszugeben. Ein Grossteil des Geldes fliesst über die Agrarpolitik, die Regionalpolitik und langfristig in Form von Wirtschaftswachstum wieder von der EU in die Schweiz zurück. Die Finanzierung der Beitrittskosten sollte im Bundesbudget so erfolgen, dass die Profiteure des Abkommens den Löwenanteil der Kosten decken.

Damit die Schweizer Bevölkerung in absehbarer Zeit über den EU-Beitritt abstimmen kann, sollten bereits jetzt Verhandlungen mit der EU aufgenommen werden. Für die Grüne Parte muss die Schweiz bei den Verhandlungen die oben genannten Bereiche verbindlich schützen. Die Schweiz muss daher mit klaren Bedingungen und Leitplanken in die Verhandlungen einsteigen. Dazu sind im vorfeld transparent geführte offene Debatten über die Auswirkungen eines Beitritts notwendig. Nur so wird eine Meinungsbildung ohne Zeit- und Meinungsdruck ermöglicht. Die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen heisst nicht, «die Katze im Sack zu kaufen». Es heisst vielmehr, endlich konkrete Schritte hin zur EU zu unternehmen und dem Schweizer Volk eine echte Wahlmöglichkeit zu bieten.

4. JA ZU EUROPA HEISST AUCH KÄMPFEN FÜR EINE GRÜNE EU

Die Schweizer Grünen wünschen einen Beitritt zur EU, ohne die EU zu idealisieren. Die EU hat ihre Stärken und ihre Schwächen. Natürlich ist auch die EU verbesserungswürdig. Ihre Strukturen sind beispielsweise zu wenig demokratisch, die Abläufe sind oft zu bürokratisch, ökonomische Interessen dominieren die Politik und nach wie vor werden ökologische und soziale Anliegen zu wenig gewichtet.

Viele Kritikpunkte sind bekannt und berechtigt. Sie gelten grösstenteils auch für die Schweiz. Gerade deshalb versuchen Grüne in ganz Europa, die Politik ihrer Staaten und die Politik der EU in eine ökologische, soziale und demokratische Richtung zu beeinflussen. Die Vision der Europäischen Grünen Partei (EGP) für ein Grünes Europa soll im Oktober 2006 am zweiten Kongress der Partei in Genf verabschiedet werden. Die Schweizer Grünen haben sich als Gründungsmitglied der EGP engagiert an der Gestaltung dieses europäischen grünen Hauses beteiligt. Die wichtigsten Forderungen für Reformen in der EU lassen sich wie folgt zusammenfassen:

4.1. Die Demokratisierung der Strukturen und die Stärkung der Subsidiarität

Demokratische Mitbestimmung ist für die Grünen ein fundamentaler Wert. Die Bevölkerung der EU teilt dieses Anliegen. Mangelnde Demokratie und Transparenz in politischen Entscheidungsverfahren gehören

zu den am meisten kritisierten Bereichen in der EU, auch von Seiten der Schweizer Grünen. Die direkte Demokratie der Schweiz ist durch einen EU Beitritt stark betroffen. Wir müssen deshalb darauf hinzuwirken, die europäische Ebene zu demokratisieren. Gemeinsam mit der Europäischen Grünen Partei schlagen wir die folgenden Reformen vor:

- Das EU-weite Referendum und die EU-weite Gesetzesinitiative sind einzuführen, um eine bessere Beteiligung der Bevölkerung an politischen Entscheiden zu ermöglichen.
- Demokratie manifestiert sich innerhalb der EU auf verschiedenen Ebenen: die EU selbst, die Mitgliedstaaten, Regionen, Städte, Gemeinden. Die Subsidiarität, das heisst breit abgestützte Entscheide auf einer möglichst tiefen Ebene, ist ein Grundwert Grüner Politik. Die Subsidiarität darf aber nicht zu einer schleichenden Renationalisierung führen. Die EU muss gemeinsame Rahmenbedingungen definieren, auch in der Aussenpolitik, der Steuerpolitik und der Sozialpolitik.
- Die Strukturen der EU sind zu reformieren. Die nicht demokratisch gewählte Kommission hat zu viel Macht, das Parlament zu wenig. Die Grünen schlagen eine Art Zweikammersystem bestehend aus dem Europäischen Parlament und dem Legislativrat, dem ehemaligen Ministerrat. Beide Kammern stimmen gemeinsam über Gesetze ab und zwar mit qualifizierter Mehrheit. Das Europäische Parlament soll zudem das Initiativrecht erhalten.
- Dem Europäischen Gerichtshof sollte die Rolle eines Europäischen Verfassungsgerichtes zukommen. Alle Mitglieder des Gerichtshofes sollten durch das Parlament bestätigt werden.
- Pan-Europäische Listen sollten bei den Wahlen des Europäischen Parlamentes zugelassen werden, um die politische Integration zu fördern. Europäische Parteien sollten zudem die Möglichkeit erhalten, sich um die Präsidentschaft der Kommission zu bewerben.
- Nicht-Regierungsorganisationen sollten konsultativen Status bei denjenigen EU Institutionen erhalten, in deren Arbeitsbereich sie sich engagieren.

4.2. Die Stärkung der ökologischen EU

Der verbesserte Schutz der Umwelt muss für die Grünen eine der Hauptaufgaben der EU sein. In diesem Bereich sind die Erwartungen der Bevölkerung besonders hoch. Der globale Rohstoffverbrauch ist bereits heute um 20% höher als nachhaltig verträglich. In der EU ist der Verbrauch um mehr als einen Faktor 2 höher als der globale Schnitt. Dennoch wird dem Umweltbereich in der Politik der EU immer weniger Gewicht beigemessen. Wirtschaftliche Anliegen gelten als „wichtiger“. Eine Trendwende ist dringend erforderlich. Die Europäische Grüne Partei fordert daher:

- die sofortige Umsetzung des Verursacherprinzips, des Vorsorgeprinzips und der Kostenwahrheit. Die Voraussetzung dafür ist die rigorose Anwendung der gemeinsamen Umweltgesetze und Standards in der ganzen EU.
- die Integration des Umweltschutzes in alle Politikbereiche, namentlich in die in Landwirtschaft, die Fischerei, die Verkehrspolitik aber auch in die Finanz- und Steuerpolitik oder bei den Strukturfonds.
- die Einführung einer EU-weiten ökologischen Steuerreform. Der Rohstoffverbrauch soll mit diesem Instrument gebremst werden. Gleichzeitig soll die steuerliche Belastung der Arbeit gemindert werden.
- Die Streichung aller umweltschädigenden Subventionen – beispielsweise in der Landwirtschaft oder bei Projekten, die durch den Kohäsionsfonds finanziert werden.
- Eine grundlegende Reform der Energiepolitik der EU. Euratom sollte aufgelöst werden. Die Ziele der EU Energiepolitik sollten die Förderung der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz sein. Dem Klimaschutz ist höchste Priorität einzuräumen.

4.3. Die Stärkung der sozialen EU

Der Grossteil der Europäerinnen und Europäer befürwortet die soziale Tradition Europas. Soziale Gerechtigkeit, Gleichstellung, Arbeiterrechte, Gesundheitspolitik und Konsumentenschutz stehen in Europa hoch im Kurs. Im Rahmen des zunehmenden internationalen Standortwettbewerbes gelangen diese Werte jedoch immer mehr unter Druck. Dies ist auch einer der Hauptgründe dafür, dass sich die Bevölkerung regelrecht von der EU abwendet. Die EU-Mitgliedsstaaten konkurrieren sich, anstatt sich zu koordinieren. Die Europäische Grüne Partei fordert daher auch im Bereich der Sozialpolitik ein Europäisches Vorgehen.

Die sozialen Werte unterscheiden sich von Land zu Land relativ stark, selbst innerhalb der EU. Es wird sich daher kein einheitliches Sozialsystem finden, dass allen Ansprüchen gerecht wird. Die Rolle der EU sollte sich für die europäischen Grünen demnach auf die folgenden Punkte beschränken:

- Die EU soll minimale Sätze für Kapital-, Kopf- und Umweltsteuern festlegen, um den Steuerwettbewerb zu bremsen und allen Ländern das finanzielle Fundament für eine ausgewogene Sozialpolitik zu gewähren.
- Die EU soll alle Mitgliedsstaaten ermuntern, ein soziales Grundeinkommen zu definieren.
- Die EU soll gesamteuropäische Abkommen mit Gewerkschaften anstreben, um Arbeitsbedingungen, Weiterbildung und Minimallöhne zu sichern. Die Kommission sollte für die Verbindlichkeit eines solchen Abkommens für alle Unternehmen zuständig sein.
- Die EU soll ihre Gesetze in den Bereichen Nicht-Diskriminierung stärken. Besondere Aufmerksamkeit sollten dabei die Gleichstellung der Geschlechter, die gleichberechtigte Integration von Minderheiten (Herkunft, Religion etc.), die Homosexuellen und Menschen mit Behinderung erhalten.

4.4. Die Stärkung der positiven Rolle der EU in der Welt

Grundsätzlich fordern die Europäischen Grünen eine Stärkung der aussenpolitischen Kompetenzen der EU. Die bestehenden Institutionen und Rechtsgrundlagen sind zu schwach, um eine kohärente und griffige Rolle der EU in der restlichen Welt zu ermöglichen. Allzuoft handeln die Mitgliedstaaten eigenständig und unkoordiniert. Eine angemessene europäische Aussenpolitik ist dringend notwendig. Besonders wichtig sind den Europäischen Grünen die folgenden Bereiche:

- Die EU ist der grösste wirtschaftliche Akteur weltweit. Sie trägt daher eine besondere aussenwirtschaftliche Verantwortung. Die Europäische Grüne Partei fordert die EU auf, die negativen Aspekte der wirtschaftlichen Globalisierung zu bekämpfen. Freihandel darf für Grüne nicht zulasten von Mensch und Umwelt erfolgen. Die EU muss daher ihre Aussenwirtschaftspolitik anstatt auf kurzfristige Wirtschaftsinteressen auf langfristige Nachhaltigkeit ausrichten. Dazu müssen auch auf globaler Ebene die institutionellen Voraussetzungen geschaffen werden.
- Als grösster Handelsblock weltweit profitiert die EU wirtschaftlich enorm. Dies ist nur möglich, weil die Entwicklungsländer als Absatzmärkte und Rohstofflieferanten dienen. Als Trostpflaster für diese Ausbeutung wird (extrem wenig) Entwicklungshilfe geleistet. Die Europäischen Grünen fordern eine Umkehr dieses Verhaltens: den Entwicklungsländern soll ein Recht auf eine eigenständige und geschützte wirtschaftliche Entwicklung eingestanden werden. Anstatt die Entwicklungsländer zur Liberalisierung ihrer Märkte zu forcieren, sollte die EU eine Tobin-Steuer oder ein ähnliches Instrument EU-weit einführen und sich für eine globale Anwendung engagieren. Die EU soll ihre Entwicklungsgelder zudem bis spätestens 2015 auf 0.7% des Bruttosozialprodukts erhöhen, ohne die Massnahmen für militärische Auslandseinsätze und migrationsspezifische (Zwangs-) Massnahmen miteinzurechnen. Es müssen klare Kriterien für die Anrechnung von Ausgaben an die Entwicklungsgelder definiert werden.

- Der Traum einer besseren Existenz globalisiert sich ähnlich rasch wie die Waren- und Geldflüsse. Nie zuvor in der Geschichte haben so viele Menschen versucht, ein neues Leben in der Ferne aufzubauen. Aber auch nie zuvor haben wirtschaftliche Zentren sich den Bedarf an flexiblen Arbeitskräften so stark über Mobilität gedeckt (pull-faktoren). Menschen, die zu Hause zufrieden leben können, sind nicht gezwungen, ihr Glück anderswo zu suchen. Die Europäischen Grünen fordern daher ein starkes Engagement der EU zur Armutsbekämpfung und bei der Entwicklung demokratischer Strukturen weltweit. Die Aussenwirtschaftspolitik und die Entwicklungspolitik der EU sollen eine zentrale Rolle bei der Prävention von armutsbedingter Migration spielen. Die EU sollte zudem die zirkuläre Form der Migration fördern, damit Know-How und Geld der Eingewanderten zurück in ihre Ursprungsländer gelangen. Die Grünen fordern zudem eine europäische Migrations- und Flüchtlingspolitik, die die EU Aussengrenzen entlastet und die Grundrechte der Migrantinnen schützt. Wirksame Verfahrensgarantien und die unverletzlichkeit der Privatsphäre müssen in Zukunft gewährleistet werden. Die Abschottung der EU nach aussen mit polizeistaatlichen und militärischen Mitteln diskriminiert Nicht-EU-Bürgerinnen bei der Einwanderung und auf dem Arbeitsmarkt. Eine Revision des Abkommens von Dublin unter starkem Einbezug des Europäischen Parlamentes ist daher dringend notwendig.
- Die EU-Aussenpolitik soll generell auf Multilateralismus aufbauen. Diplomatie, Kulturdialog, gerechter Handel, Entwicklungshilfe, Umweltschutz und die Förderung internationalen Rechts sollen ihre Eckwerte bilden. Für eine effiziente Aussenpolitik sind aus Sicht der Europäischen Grünen die folgenden Reformen notwendig:
 - Die EU soll einen permanenten Sitz im UNO Sicherheitsrat erlangen.
 - Der Ministerrat soll in der Aussenpolitik Mehrheitsentscheide fällen. Das Vetorecht soll abgeschafft werden.
 - Die EU braucht ein Aussenministerium, der in der Verfassung verankert und dem Parlament gegenüber rechenschaftspflichtig ist. Der Aussenminister soll die Position der EU im UNO Sicherheitsrat vertreten.
 - Bei Aussenpolitischen Konflikten soll die EU auf Gewaltprävention, Entwaffnung und nicht-militärische Interventionen bauen. Die EU ordnet ihre Sicherheitspolitik der UNO unter. Sie ist die einzige globale Organisation, die legitimiert ist, ausserhalb nationalstaatlicher Grenzen zu handeln. Sollte die EU ausserhalb ihrer Grenzen militärisch handeln, darf sie das nur mit einem UNO-Mandat und mit der Einwilligung des europäischen Parlaments und der Parlamente der in der Aktion beteiligten Staaten tun. Unter keinen Umständen dürfen EU-Truppen für die Abwehr von Flüchtlingen sowie für den Ordnungsdienst im Innern eingesetzt werden. Um dem Frieden und der Abrüstung zu dienen, verzichtet die EU auf Rüstungsexporte, ausser diese kommen direkt der UNO zu gute. Die EU setzt sich für ein atomwaffenfreies Europa und für ein allgemeines Verbot von Atomwaffen ein.
 - Der Europäische Gerichtshof soll die EU- Aussen-, Sicherheits- und Menschenrechtspolitik überwachen.

4.5. Eine Verfassung für die EU

Zurzeit steckt die EU in der Krise. Dies wurde durch die Referendumsabstimmungen zu einer gemeinsamen Verfassung deutlich. Zum einen, weil die EU in denjenigen Bereichen, die die Menschen in ihrem persönlichen Leben stark betreffen, zu wenig Positives geleistet hat. Zum andern, weil immer mehr Menschen der Zentralisierung der Macht in Brüssel skeptisch gegenüberstehen.

Die Grüne Partei Europas hält am Vorhaben für eine EU Verfassung fest. Diese Verfassung müsste auf den Grünen Visionen für eine gerechte, ökologische und demokratische EU basieren. Einige der grünen Forderungen wurden bereits im alten Projekt eingebaut. Die Referenden haben deutlich gemacht, dass

weitere Grüne Anliegen in der Verfassung Raum finden müssen. Nur so lassen sich die bestehenden strukturellen Probleme und inhaltlichen Schwächen der EU beheben. Eine neue Verfassung, basierend auf einer Überarbeitung der alten Vorlage, wäre daher für die europäischen Grünen ein gangbarer Weg.

Wir Grüne haben uns bereits entschieden. Für uns liegt die Zukunft in Europa. Und für die Europäische Grüne Partei ist auch klar: für eine Grüne Zukunft in ganz Europa braucht es die Schweiz!

Verabschiedet durch die Delegiertenversammlung vom 16. September 2006
Generalsekretariat Grüne Schweiz
Miriam Behrens